

Frühlingsession 2025: Empfehlungen von pro-salute.ch zu gesundheitspolitischen Geschäften des Nationalrates

Dat.	Nummer	Geschäft	Empfehlung	Begründung
3.3.	<u>24.037</u>	BRG. KVG (Tarife der Analysenliste). Änderung	<p>Nichteintreten: Minderheit folgen</p> <p><i>Falls Eintreten beschlossen wird:</i></p> <p>Art. 37a (Laboratorien: besondere Voraussetzungen): streichen (Minderheit folgen)</p>	<p>Patientinnen und Patienten müssen darauf vertrauen können, dass ihre medizinischen Analysen in qualifizierten Laboren durchgeführt werden. Ohne vertragliche Regelungen hätten sie keinerlei Einfluss darauf, wo ihre Proben ausgewertet werden.</p> <p>Eine unklare Vertragslage würde die Versicherten überfordern, da sie nicht nachvollziehen könnten, welche Labore mit ihrer Krankenversicherung zusammenarbeiten und welche Kosten übernommen werden.</p> <p>Die Qualität und Fachkompetenz der Labore muss gewährleistet sein. Die Zulassungsbehörden müssen sicherstellen, dass ausschliesslich professionell ausgebildetes Fachpersonal Analysen durchführt.</p> <p>Labordienstleistungen, die den Qualitätsstandards entsprechen, müssen von der Grundversicherung abgedeckt sein, um eine faire und solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens zu gewährleisten.</p>
3.3.	<u>23.049</u>	BRG. Tabakproduktegesetz (TabPG). Teilrevision	<p>Art. 18 Abs. 1 Bst. a: Minderheit II (Porchet)</p> <p>Art. 18 Abs. 1 Bst. e: Minderheit II (Piller-C.)</p> <p>Art. 19 Abs. 1 Bst. c: Minderheit I (Meyer)</p> <p>Art. 19 Abs. 2 Bst. b: Minderheit I (Prelicz-H.)</p> <p>Art. 20 Abs. 1 Bst. b: Minderheit I (Crottaz)</p>	<p>Aus Sicht der Prämienzahlenden, Versicherten, Patientinnen und Patienten besteht ein grosses Interesse daran, dass die von Volk und Ständen angenommene Initiative «Kinder ohne Tabak» verfassungsgemäss umgesetzt wird, sodass mittelfristig die Zahl der Tabakkonsumierenden sowie die Behandlungskosten, aber auch die weiteren familiären und gesellschaftlichen Belastungen des Tabakkonsums markant reduziert werden.</p> <p>Die Kommissionmehrheit schlägt «Schlupflöcher» vor, die sich von diesem Ziel weit entfernen. Wir empfehlen dringend, bei der Fassung des Bundesrats zu bleiben und den Minderheiten zuzustimmen.</p>

pro-salute.ch, die Stimme der Patientinnen und Patienten, Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Prämienzahlenden

13.3.	<u>23.4088</u>	Mo. Hegglin Peter. Lockerung des Vertragszwangs im KVG	Ablehnung	<p>Zwang ist verpönt. Wenn jedoch im vorliegenden Kontext von Zwang die Rede ist, dann wird damit einzig die Verpflichtung der Krankenversicherer angesprochen, dass sie Leistungen, die in der Grundversicherung eingeschlossen sind, immer vergüten müssen, wenn die Leistungserbringenden als Fachpersonen akkreditiert sind.</p> <p>Für Patientinnen und Patienten handelt es sich nicht um einen Zwang, sondern um eine Garantie. Gleiches gilt für das medizinische, pflegerische und therapeutische Fachpersonal, für Praxen, Ambulatorien und Kliniken. Es wäre verheerend, wenn diese Garantie in der Grundversicherung wegfallen würde. Namentlich für Patientinnen und Patienten, deren Behandlung spezialisierte Fachkräfte oder eine kontinuierliche Betreuung erfordert, hätte es schwerwiegende Folgen. Sie wären in der permanenten Unsicherheit, ob ihre Versicherung auch wirklich zahlt. Therapieunterbrüche und -verzögerungen wären die Folge. Ausserdem würde ein grosser bürokratischer Aufwand entstehen, um die Informationen darüber bereitzustellen und aktuell zu halten, welche Versicherung mit welchen Leistungserbringenden zusammenarbeitet.</p>
13.3.	<u>24.3636</u>	Mo. Friedli Esther. Mindestfranchise den realen Gegebenheiten anpassen	Ablehnung	<p>Menschen mit geringen finanziellen Mitteln, darunter oft chronisch Kranke, wählen häufig die tiefste Franchise, um sich hohe Zusatzkosten zu ersparen. Bereits die Prämien sind für sie je länger je schwerer tragbar. Eine Erhöhung der Mindestfranchise würde sie finanziell zusätzlich belasten, was die gesundheitliche Versorgung für diese besonders vulnerablen Gruppen erschweren würde. Das Risiko steigt, dass sie sich nicht rechtzeitig in Behandlung begeben und unnötige Folgekrankheiten erleiden.</p>

pro-salute.ch, die Stimme der Patientinnen und Patienten, Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Prämienzahlenden

